



## Inhaltsverzeichnis

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH	3
01.12.2025 Frankfurter Neue Presse Stadtausgabe: Atommüll geht auf Reisen	4
29.11.2025 Allgemeine Zeitung (Coesfeld): Reul: Castoren dürfen rollen	7
28.11.2025 NDR: Endlager Schacht Konrad: Kosten steigen auf 6,7 Milliarden Euro	8
28.11.2025 taz.de: Immer teurer, immer später: Kosten für geplantes Atommüllendlager explodieren	8

# EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

## Atommüll geht auf Reisen

Bald sollen 152 Castor-Behälter quer durch Nordrhein-Westfalen transportiert werden

**Ahaus** – Der genaue Zeitpunkt ist noch unbekannt. Doch bald werden 152 Castor-Behälter mit hochradioaktivem Abfall quer durch Nordrhein-Westfalen (NRW) aus dem ehemaligen Versuchsreaktor in Jülich in der Nähe von Aachen ins gut 170 Kilometer entfernte Zwischenlager in Ahaus im Münsterland gebracht.

Der Transport erfolgt per Schwerlasttransport über die Straße. Die beiden notwendigen Genehmigungen für die Beförderung und die Aufbewahrung in Ahaus liegen vor. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat allerdings per Eilantrag Klage beim Berliner Verwaltungsgericht eingelegt, da der Transport der Brennelemente nicht hinreichend sicher und zudem unnötig sei. Hier steht die Entscheidung noch aus. Wir haben das Zwischenlager in Ahaus besucht und beleuchten die wichtigsten Fragen zu dieser Thematik.

### Wo wird der Atommüll derzeit in Deutschland gelagert?

An 17 Standorten, die von der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) betrieben werden. Die zentrale Lagerung findet in den zwei Zwischenlagern in Ahaus und im niedersächsischen Gorleben statt, die dezentrale Lagerung in Zwischenlagern an ehemaligen AKW-Standorten. Die Entscheidung zur Dezentralisierung war während der rot-grünen Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zwischen 1998 und 2002 gefallen, um künftig die Anzahl der Castor-Transporte zu verringern.

### Warum will man den Atommüll dann nicht auf den verschiedenen Standorten verteilt lassen?

Bereits 1993 sei laut BGZ-Sprecher David Knollmann im Rahmen der Ansiedlungsverträge festgelegt worden, was in Ahaus aufbewahrt werden soll und was nicht. Dazu zählten die Brennelemente aus den Forschungsreaktoren. „Es ist also keine fixe Idee, dass die Abfälle nun plötzlich nach Ahaus sollen. Das wissen alle Beteiligten schon seit vielen, vielen Jahren“, sagt Knollmann. Die Aufbewahrungsgenehmigung für die Jülicher Brennelemente sei schon 2016 erteilt worden. Die Beförderungsgenehmigung liegt seit August 2025 vor und wurde durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) erteilt. Hierfür mussten entsprechende Sicherheitsnachweise erbracht werden, zudem werden externe Gutachter in das Verfahren eingebunden.

### Warum soll der Atommüll von Jülich nach Ahaus?

Weil das Zwischenlager in Jülich nach dem Atomgesetz keine gültige Genehmigung hat. Zudem liegt eine Anordnung der NRW-Atomaufsicht vor, dieses Lager zu räumen. Lange Zeit fehlten in Jülich Nachweise zur Erdbebensicherheit, diese wurden erst 2024 erbracht. Der andere Aspekt ist nach Auffassung des Base, dass das Sicherungskonzept in Bezug auf kriminelle und terroristische Aktivitäten in Jülich nicht genehmigungsfähig sei. Eine entsprechende Genehmigung des Standortes ist aus Sicht der Behörden „mittelfristig nicht möglich“. Um welche Mängel im Sicherungskonzept es sich handelt, unterliege der Geheimhaltung, um die Schwächen nicht öffentlich zu machen. Die Kritik des BUND, dass die Transporte unnötig seien, kann Knollmann nicht nachvollziehen: „Der Abfall wird nicht aus Spaß durch die Gegend gefahren.“ Es sei sicherer, den Atommüll

nach Ahaus zu bringen, als diesen in Jülich zu lassen.

Die Castor-Gegner entgegnen, dass auch die Genehmigung für Ahaus 2036 auslaufen werde und der Müll dann erneut an eine andere Stelle transportiert werden müsste. Doch aufgrund der Tatsache, dass ein Endlager frühestens Ende dieses Jahrhunderts in Deutschland in Betrieb gehen dürfte, wird laut Knollmann die Genehmigung für Ahaus verlängert werden müssen. „Deshalb wissen auch die Bürgerinnen und Bürger in Ahaus, dass hier 2036 nicht Schluss ist“, sagt der BGZ-Sprecher.

### Wie sicher ist das Zwischenlager in Ahaus?

In Ahaus habe man laut Knollmann nach den New Yorker Terrorangriffen am 9. September 2001 das Sicherheitskonzept intensiv überprüft. Laut Modellberechnungen würde ein Passagierflugzeug des Typs Airbus 380/800, das gezielt auf dem Zwischenlager zum Absturz gebracht würde, keine Gefährdung von Mensch und Umwelt durch Radioaktivität auslösen. „Das hat damit zu tun, dass die Halle selbst ziemlich massiv ist“, sagt Knollmann: „Der zentrale Aspekt der Sicherheit ist aber der Castor-Behälter, der wesentliche Schutzfunktionen erfüllt.“ Zudem werde das Sicherheitskonzept ständig überprüft und neu bewertet. So wurde zwischen 2018 und 2020 eine zusätzliche Schutzwand um das Lager herum gebaut. „Wir sprechen da von Nachrüstung oder Härtung, um den Schutz gegen Angriffe von außen zu verbessern“, sagt Knollmann. Gerade erst seien zusätzlich Durchfahrtschutze in Form von massiven Schranken installiert worden. Dies seien die Maßnahmen, die man von außen sehen könnte. Weitere Härtungsmaßnahmen würden auch immer

wieder im Inneren des Gebäudes erfolgen.

Die Anti-Atomkraft-Gegner hatten zuletzt bauliche Defizite der Halle kritisiert. So gäbe es Mängel in der Statik des Gebäudes, die ein gravierendes Sicherheitsrisiko darstellten. Die BGZ demontiert das.

### Wie sicher ist ein Castor-Behälter?

Castor-Behälter sind laut Knollmann „extrem massiv“. Die sechs Meter großen, blauen Behälter für die Brennstäbe bestehen beispielsweise aus Gusseisen und haben 40 Zentimeter Wanddicke. Einer dieser Behälter wiegt rund 120 Tonnen. Zum Vergleich: Ein Mittelstrecken-Flugzeug wie eine Boeing 737 wiegt rund 45 Tonnen. Die 152 Castor-Behälter, in denen der Jülich-Atom Müll transportiert werden soll, sind rund 2,70 Meter groß und wiegen rund 30 Tonnen. In Ahaus lagern bereits seit 1988 sechs große Castoren mit Atom Müll aus den AKW in Neckarwestheim und Grundremmingen. Der Großteil der hier gelagerten hochradioaktiven Abfälle stammt aus dem THTR in Hamm, der als eine der größten Fehlentwicklungen bei deutschen Projekten der vergangenen 55 Jahre zählt und 1989 nach nur 423 Tagen Volllastbetrieb stillgelegt wurde. Diese Abfälle werden in insgesamt 305 kleineren, gelben Castoren gelagert, die baugleich zu denen aus Jülich sind. Außerdem befinden sich in 18 weiteren Castoren noch Brennelemente aus dem Forschungsreaktor in Dresden-Rossendorf, der bis 1991 betrieben wurde.

Damit keine Radioaktivität nach außen dringt, haben die Castoren zwei Deckel, die mit Metalldichtungen abgeschlossen sind. Hier herrscht das Prinzip der Redundanz, da die Behälter bereits mit einem einzigen Deckel den Sicherheitsanforderungen gerecht werden würden. Eine Beschädigung der Dichtungen sei laut Knollman in Ahaus bislang

nicht vorgekommen. „Aber wir verlassen uns da nicht auf die gute Betriebserfahrung der vergangenen 30 Jahre, sondern es gibt eine permanente Drucküberwachung“, sagt er und zeigt auf die Kabel, die aus den Castoren herauskommen. Mithilfe eines Helium-Gemischs in den Deckeln werde durchgehend gemessen, ob die Castoren noch dicht seien.

### Wie viele Brennelemente sollen aus Jülich kommen?

Es geht um exakt 288 161 tennisballgroße Brennelemente und 124 brennstofffreie Graphitkugeln, die von Jülich nach Ahaus transportiert werden sollen. Jeder der Castor-Behälter enthält zwei verschweißte Edelstahlkannen, in denen sich die kugelförmigen Brennelemente befinden. Jeder Castor wird maximal 1900 dieser Brennelemente aufnehmen. Somit sind 152 Castoren gefüllt worden, die derzeit in Jülich auf den Abtransport warten. Pro Sattelzug kann jeweils nur ein Castorbehälter transportiert werden, insgesamt stehen vier entsprechende Schwerlasttransport-Fahrzeuge zur Verfügung. Die Castoren, die jeweils rund 30 Tonnen wiegen, werden für den Transport noch einmal zusätzlich verpackt, sodass die Sattelzüge auf ein Gesamtgewicht von rund 130 Tonnen kommen. Die Genehmigung bezieht sich auf Einzeltransporte. Ob Fahrten gebündelt werden, da vier Fahrzeuge zur Verfügung stehen, darüber entscheidet letztlich die Polizei.

### Wie hoch ist die Strahlung der Brennelemente aus Jülich?

Aufgrund ihrer tennisballähnlichen Größe relativ schwach. Ausgebrannte Brennstäbe, die in den sechs Meter großen Castoren verstaut werden, haben eine weitaus größere Strahlung. Bei den Transporten werden laut der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nukle-

aranlagen (JEN) die gesetzlichen Grenzwerte weit unterschritten. So liege die mittlere Dosis neben dem nochmals extra abgeschirmten Transportfahrzeug bei 0,04 Mikrosievert pro Stunde. „Das ist weniger als die natürliche Hintergrundstrahlung hier im Münsterland“, sagt Knollmann. Diese liege bei 0,07 Mikrosievert pro Stunde. Der gesetzliche Grenzwert für den Transport liegt bei 100 Mikrosievert pro Stunde. Zum Vergleich: Bei einer einzigen Mammografie liegt laut Bundesamt für Strahlenschutz die entsprechende Dosis bei 400 Mikrosievert. Die jährliche Strahlendosis liege in Deutschland pro Einwohner bei 4000 Mikrosievert. Und ein einstündiger Flug in 10 000 Metern Höhe bedeutet eine Belastung von 7 Mikrosievert. Sobald die Castoren in Ahaus ausgepackt in der Halle stehen, haben sie eine Strahlung von rund 1 Mikrosievert pro Stunde. Knollmann zeigt auf ein Strahlungsmessgerät, das in gut 15 Metern Entfernung von den gelben Castoren in der Halle steht. Es zeigt 1,04 Mikrosievert an.

### Sind die Transporte aus Jülich danach beendet?

„Ja, das war's dann aus Jülich“, so Knollmann. Es würden nur hochradioaktive Abfälle abtransportiert, die schwach- und mittelradioaktiven Abfälle bleiben vor Ort. Dazu gehören etwa Schutzbekleidung, Werkzeuge, Anlagenteile, Verpackungsmaterialien, kontaminiertes Wasser oder Bauschutt von rückgebauten Anlagen.

### Wie viele Castoren mit hochradioaktivem Abfall gibt es insgesamt?

Rund 1750 werden es einmal sein. Aufgrund des Atomausstiegs werden – Stand heute – auch keine weiteren mehr hinzukommen.

JENS GREINKE

Wörter:	1.362	Ausgabe:	Hauptausgabe
Seite:	5	Auflage <sup>1</sup> :	5.301 (gedruckt)
Ressort:	Politik		7.685 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		8.099 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite <sup>2</sup> :	0,03456 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Societäts-Medien GmbH, Frankfurt am Main

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

**Abbildung:** Im Inneren des Zwischenlagers in Ahaus: David Knollmann, Pressesprecher der Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ), steht vor Castorbehältern. © Greinke (3)

**Abbildung:** Ein Strahlenmessgerät in der Halle misst permanent die radioaktive Strahlung.

**Abbildung:** Vor der Einfahrt zum Zwischenlager in Ahaus haben die Gegner der Castor-Transporte Stellung bezogen.

## Reul: Castoren dürfen rollen

Trotz BUND-Klage: NRW hält an geplanten Transporten fest

(epd)

DÜSSELDORF/MÜNSTER. Die nordrhein-westfälische Landesregierung plant an den angekündigten Atom-müll-Transporten durch NRW festzuhalten. Eine Genehmigung durch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) für die Castor-Transporte von Jülich nach Ahaus liege vor, heißt es in einem am Freitag veröffentlichten Antwortschreiben von NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) an Anti-Atomkraft-Initiativen. Zwar liege eine Klage des BUND NRW dagegen vor, darüber müsse das Verwaltungsgericht Berlin jedoch erst noch entscheiden.

Die nordrhein-westfälische Polizei werde „zu gegebener Zeit alles Notwendige unternehmen, um den Castor-Transport selbst sowie damit womöglich zusammenhängende Situationen wie Versammlungen sowie die Bevölkerung zu schützen“, heißt es in Reuls Brief weiter. Auf diese Einsatzsituation – und die daraus resultierenden Gefahren – würden sich die Verantwortlichen aufseiten der Polizei und des Transporteurs derzeit in „sogenannten Koordinierungsgesprächen gewissenhaft“ vorbereiten.

Das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen erklärte, die jetzt offensichtlich erreichte „Atempause“ sollte dringend von NRW-Landesregierung

und Bundesregierung für konstruktive Last-Minute-Gespräche zur Weiterlagerung der 152 Atommüllbehälter mit rund 300.000 Brennelementekugeln in Jülich genutzt werden. Die Behälter sollen nach Ahaus gebracht werden, da die Betriebserlaubnis für Jülich ausgelaufen ist.

Anti-Atomkraft-Initiativen hatten das Land aufgefordert, den Gerichtsentcheid abzuwarten. Der „Transport der hochgefährlichen Atommülltransporte quer durch NRW“ berge für die Bevölkerung erhebliche Gefahren, so der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Wörter: 213  
Autor/-in: (epd)  
Seite: 3 bis 3  
Rubrik: WESTFALEN  
Medienkanal: PRINT  
Mediengattung: Tageszeitung  
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2025  
Nummer: 20251129  
Ausgabe: Hauptausgabe  
Auflage<sup>1</sup>: 7.838 (gedruckt)  
8.797 (verkauft)  
8.986 (verbreitet)  
Reichweite<sup>2</sup>: 0,01456 (in Mio)

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 10/2025

<sup>2</sup> von PMG gewichtet 7/2025

**Abbildung:** Blick in das Zwischenlager Ahaus  
**Fotograf/-in:** Foto: dpa/Guido Kirchner

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

## Endlager Schacht Konrad: Kosten steigen auf 6,7 Milliarden Euro

28. November 2025 13:16 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Stand: 28.11.2025 13:16 Uhr

Die Kosten für den Umbau des früheren Eisenerzbergwerks Schacht Konrad bei Salzgitter zum **Atommüll-Endlager** steigen weiter. Laut Bundesregierung belaufen sie sich inzwischen auf rund 6,7 Milliarden Euro.

Das geht aus der Antwort auf eine Anfrage des Linken-Abgeordneten Cem Ince hervor. Als die Arbeiten 2002 begannen, waren die Ausgaben noch mit 1,6 Milliarden Euro kalkuliert worden. In den vergangenen Jahren wurden die Schätzungen mehrfach nach oben korrigiert - zuletzt 2023 auf 6,3 Milliarden Euro. Für den eigentlichen Bau des **Endlagers** veranschlagt der Bund nach aktuellen Angaben 5,8 Milliarden Euro, weitere 0,9 Milliarden flossen bereits in Planung und Erkundung.

Start des geplanten **Endlagers** nach hinten verschoben

Auch der Zeitplan gerät weiter ins Rutschen: Ursprünglich sollte Schacht Konrad bereits 2013 in Betrieb gehen. Die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE) rechnet aktuell allerdings mit einem Einlagerungsbeginn Anfang der 2030er Jahre. Die spätere Befüllung selbst soll rund 30 Jahre dauern und jährlich etwa 165 Millionen Euro kosten. Zusätzlich ist offen, ob das geplante **Endlager** überhaupt starten darf. Vor dem Oberverwaltungsgericht Lüneburg sind Klagen der Umweltverbände BUND und NABU gegen den Planfeststellungsbeschluss anhängig - ein Verhandlungstermin steht noch nicht fest.

Dieses Thema im Programm: NDR 1 Niedersachsen | Regional Braunschweig | 28.11.2025 | 06:30 Uhr  
Schlagwörter zu diesem Artikel

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



taz.de

## Immer teurer, immer später: Kosten für geplantes Atommüllendlager explodieren

28. November 2025 11:28 | Medienart: Online | Visits/Monat: 16.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Probleme mit dem Wasserrecht, Klagen – die Probleme beim geplanten **Atommüllendlager** Schacht Konrad summieren sich. Nun steigen auch noch die Kosten.

28.11.2025 11:28 Uhr

„Das Projekt Schacht Konrad entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden“, sagt Linken-Politiker Ince Reimar Paul

Im Jahr 2002 erging die Genehmigung zur Umrüstung des ehemaligen Eisenerzbergwerks Schacht Konrad zum nationalen **Endlager** für schwach und mittelradioaktive Abfälle. Seitdem sind die kalkulierten Kosten für die Errichtung der unterirdischen Lagerstätte um mehr als das Vierfache gestiegen. Sie belaufen sich aktuell auf rund 6,7 Milliarden Euro, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Linken-Bundestagsabgeordneten Cem Ince aus Salzgitter hervorgeht. Die Antwort liegt der taz vor.

Bei Beginn der Arbeiten wurden die Kosten für die Umrüstung des Bergwerks offiziell noch mit 1,6 Milliarden Euro beziffert. In den Folgejahren bewegten sich die Kalkulationen kontinuierlich nach oben. Noch 2023 beliefen sie sich auf 6,3 Milliarden Euro. Die Kosten für den eigentlichen Bau des **Endlagers** gibt die Bundesregierung nun mit 5,8 Milliarden Euro an. 0,9 Milliarden Euro wurden demnach für die Planung und Erkundung vor Beginn der Errichtung aufgewendet.

Zusätzliche 165 Millionen Euro pro Jahr sind für den späteren Einlagerungsbetrieb kalkuliert, die Befüllung des **Endlagers** soll ungefähr 30 Jahre dauern. Die Regierung beruft sich bei ihren Angaben auf aktuelle Schätzungen der Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE).

„Das Projekt Schacht Konrad entwickelt sich zu einem Fass ohne Boden“, sagt Linken-Politiker Ince. Ein Ende der Kostenexplosion sei nicht absehbar. Bevor das Milliardengrab noch größer werde, müsse die Politik „endlich die Reißleine ziehen“. Auch der Zeitpunkt der Inbetriebnahme von Schacht Konrad hat sich immer weiter nach hinten verschoben. Ursprünglich war sie für 2013 angekündigt. Inzwischen geht die **BGE** von einem Einlagerungsbeginn „Anfang der 2030er Jahre“ aus.

Dabei ist unklar, ob das **Endlager** überhaupt den Betrieb aufnehmen kann. NDR und BR hatten zuletzt über Probleme mit dem niedersächsischen Wasserrecht berichtet. Dokumente legten nahe, dass Konrad möglicherweise gänzlich scheitern könnte. Unter den derzeitigen behördlichen Auflagen könne keine Einlagerung von **Atommüll** erfolgen.

Klagen sollen Projekt stoppen

Salzgitters Oberbürgermeister Frank Klingebiel (CDU) sieht seine Bedenken durch die Recherchen der Sender bestätigt. „Es bringt nichts, an einem über 23 Jahre alten und somit heute völlig verfehlten Projekt,

um jeden Preis festzuhalten“, sagte er. „Das kann weder richtig noch rechtskonform sein und ist den Menschen in unserer Region auch nicht vermittelbar.“

Beim Niedersächsischen Obergerverwaltungsgericht (OVG) in Lüneburg sind zudem Klagen der Umweltverbände BUND und Nabu gegen den Planfeststellungsbeschluss – also den Genehmigungsbescheid – von 2002 anhängig. Sie rügen, dass Konrad schon längst nicht mehr auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik gebaut werde.

„Wir haben mit unserem Antrag, gestützt auf wissenschaftliche und juristische Expertise, belegt, dass Schacht Konrad den Anforderungen an ein Endlager für radioaktive Abfälle nicht entspricht“, sagte die niedersächsische BUND-Landesvorsitzende Susanne Gerstner. „Deshalb müssen wir jetzt gerichtlich versuchen, eine Aufgabe dieses Projektes herbeizuführen.“ Wann über die Klagen verhandelt wird, steht nach Angaben eines Gerichtssprechers noch nicht fest.

Linkspolitiker Ince weist darauf hin, dass selbst bei einer Inbetriebnahme von Schacht Konrad der Platz darin nicht reiche, um alle schwach und mittelradioaktiven Abfälle aufzunehmen. Das Lager ist nämlich nur für bis zu 303.000 Kubikmeter Atommüll genehmigt. Sie stammen vor allem aus dem Betrieb und dem Abriss von Atomkraftwerken, zum kleineren Teil auch aus Forschung und Medizin.

Die aus dem havarierten Bergwerk Asse II zu bergenden Fässer im Gesamtvolumen von etwa 200.000 Kubikmeter sowie die Rückstände aus der Urananreicherung im westfälischen Gronau könnten dort nicht mehr eingelagert werden. Im „Nationalen Entsorgungsprogramm“ 2025 rechnet das Bundesumweltministerium damit, dass in der Bundesrepublik insgesamt bis zu 660.000 Kubikmeter schwach und mittelradioaktiver Abfälle anfallen.

Gemeinsam für freie Presse

Als Genossenschaft gehören wir unseren Leser:innen. Und unser Journalismus ist nicht nur 100 % konzernfrei, sondern auch kostenfrei zugänglich. Alle Artikel stellen wir frei zur Verfügung, ohne Paywall. Gerade in diesen Zeiten müssen Einordnungen und Informationen allen zugänglich sein. Unsere Leser:innen müssen nichts bezahlen, wissen aber, dass kritischer, unabhängiger Journalismus nicht aus dem Nichts entsteht. Dafür sind wir sehr dankbar. Damit wir auch morgen noch unseren Journalismus machen können, brauchen wir mehr Unterstützung. Unser nächstes Ziel: 50.000 – und mit Ihrer Beteiligung können wir es schaffen. Setzen Sie ein Zeichen für die taz und für die Zukunft unseres Journalismus. Mit nur 5,- Euro sind Sie dabei! Jetzt unterstützen